

Forscher rekonstruieren Corona-Propaganda: Kritiker wurden zensiert, verbannt und diffamiert

4 Nov. 2022 07:57 Uhr

Wer die Corona- und Impfpolitik anders bewertet als die Obrigkeit, fliegt aus der Debatte und muss um seine Reputation fürchten. Ein Forscherteam rekonstruierte den manipulativen Kampf der westlichen Politik im Verbund mit Medien und Konzernen um die Deutungshoheit.



Quelle: Gettyimages.ru © johnwoodcock

Von Susan Bonath

Lockdowns, Schließung von Schulen und Pflegeheimen, Maskenpflicht und schließlich die Nötigung zur Behandlung mit unerprobten gentechnischen Impfstoffen: Seit Beginn der Corona-Krise stemmen sich auch renommierte Wissenschaftler gegen verordnete Maßnahmen. Doch um eigene Ziele durchzusetzen, griffen Regierungen im Verbund mit Institutionen und Konzernen zu drastischen Methoden der Abwehr unliebsamer Ansichten: Kritische Forscher wurden, ungeachtet ihrer Expertise und Belege, systematisch aus dem Diskurs verbannt, zensiert und diffamiert, bis hin zur Bedrohung ihrer beruflichen Existenz.

Was vielen Skeptikern seit Langem klar ist, rekonstruierte nun ein Team aus israelischen und australischen Wissenschaftlern, darunter die Gesundheits- und Kommunikationsforscherin Yaffa Shir-Raz an der Universität Haifa in Israel, ausführlich in einer [Studie](#), die jüngst im Wissenschaftsmagazin *Springer* erschien.

Staat und Konzerne im Verbund

Nach dem Ausrufen der Pandemie durch die Weltgesundheitsorganisation (WHO) gingen demnach etliche Regierungen, Medienkonzerne sowie staatliche und nichtstaatliche Institutionen umgehend dazu über, Forscher mit abweichenden Ansichten rigoros aus der Öffentlichkeit zu verbannen. So sei den Bevölkerungen ein vermeintlicher wissenschaftlicher Konsens suggeriert worden, den es nie gegeben habe. Die Forscher erklärten:

"Unsere Ergebnisse weisen auf die zentrale Rolle hin, die Medienorganisationen und insbesondere IT-Unternehmen bei dem Versuch spielen, eine kontroverse Debatte über die COVID-19-Politik und -Maßnahmen zu ersticken."

Die repressiven Maßnahmen gegen abweichende Wissenschaftler seien dabei weit über die bloße Zensur hinausgegangen, wie Befragungen ergeben hätten. So führten die Studienautoren weiter aus:

"Im Bemühen, alternative Stimmen zum Schweigen zu bringen, wurde nicht nur auf Zensur, sondern auch auf Unterdrückungstaktiken zurückgegriffen, die den Ruf und die Karrieren abweichender Ärzte und Wissenschaftler schädigten, unabhängig von ihrem akademischen oder medizinischen Status."

So hätten Politiker, Institutionen und Medienkonzerne im Verbund eine faire öffentliche Debatte ausgebremst. Dies habe zur breiten Fehlannahme geführt, es gebe einen weitgehend einheitlichen, "orthodoxen" Konsens in der Wissenschaft zur gesamten Corona-Politik. Dies habe, so befürchteten die Autoren, "weitreichende schädliche Auswirkungen auf Medizin, Wissenschaft und öffentliche Gesundheit".

Manipulation für politische Zwecke

Dabei habe sich der vermeintliche Konsens im Laufe der vergangenen zweieinhalb Jahre durchaus verschoben, betonen die Autoren. Wurden 2020 und 2021 beispielsweise Forscher, die – gut begründet – eine Labor-Herkunft des Virus für möglich oder wahrscheinlich hielten, rigoros verbannt und diffamiert, seien inzwischen erdrückende Indizien für diese These in die öffentliche Wahrnehmung gelangt.

Teils entgegengesetzt hätten sich Debatten um Maskenpflicht und Schulschließungen entwickelt. Anfangs als sinnlos verworfen, galten sie plötzlich als das Mittel zur Eindämmung der Virusverbreitung schlechthin, während sich inzwischen, zumindest in einigen Ländern, langsam wieder eine gegenteilige Meinung durchsetzt. Ähnlich habe sich die offizielle Diskussion um die Gefährlichkeit des Virus entwickelt. Doch wer den gerade geltenden Meinungsvorgaben widersprach, landete schnell im medialen, oft im beruflichen Exil.

Die Autoren erkennen eine weitere, massive Verschärfung der Zensur im Zuge der Impfkampagne ab Ende 2020. Beiträge, die eine andere als die vorgegebene Meinung vertraten, verschwanden von sozialen und Informationsplattformen wie Twitter, Google, Facebook, YouTube oder Linked. Die Anbieterkonzerne hätten reihenweise Konten von Kritikern gesperrt oder die Sichtbarkeit ihrer Einträge massiv eingeschränkt. Die Autoren führten zahlreiche Beispiele von betroffenen Forschern auf und erläutern dazu:

"Viele der Ärzte und Forscher, die von den größten Technologiekonzernen der Welt zensiert wurden, sind keine Randfiguren, sondern oftmals führende Experten, die an renommierten Universitäten oder Kliniken arbeiten, Bücher verfasst und Dutzende oder sogar Hunderte Artikel verfasst haben und deren Studien vielfach zitiert wurden. Einige sind Herausgeber wissenschaftlicher Zeitungen oder Leiter von medizinischen Abteilungen oder Krankenhäusern."

Die Politik habe die Technologiekonzerne zum Zensieren ermutigt und mit ihnen eng zusammengearbeitet und sich abgestimmt. Allerdings merken die Verfasser der Studie zugleich an, dass Zensur, Diffamierung und Bedrohung kritischer Forscher und Privatpersonen seit dem Ausrufen der Pandemie, insbesondere seit Beginn der Impfkampagne, zwar massiv zugenommen hätten, dies jedoch keineswegs neu sei.

Kampf um Deutungshoheit mit Folgen

Auch in der Vergangenheit gebe es viele Beispiele für Versuche der Politik, abweichende Meinungen zu wissenschaftlichen Aspekten zu unterdrücken. Insbesondere in Krisen komme diese Taktik zum Einsatz. So seien der Öffentlichkeit immer wieder zu unterschiedlichen Themen Tatsachen einseitig oder falsch vorgespiegelt und die Bevölkerung für politische Zwecke manipuliert und getäuscht worden.

Die Auswirkungen solcher Praktiken betrachten die Studienautoren mit Sorge. In unsicheren Situationen und Krisen könnten durch Verbannung, Intransparenz und Manipulation nicht nur wertvolle wissenschaftliche Erkenntnisse verloren gehen. Die Praxis führe auch zu einem breiten Misstrauen in der Bevölkerung gegenüber der Politik und der institutionellen Wissenschaft. Denn Kritiker könnten heute auf alternative Plattformen ausweichen, ihre vollständige Unterdrückung sei nicht mehr möglich.

RT DE bemüht sich um ein breites Meinungsspektrum. Gastbeiträge und Meinungsartikel müssen nicht die Sichtweise der Redaktion widerspiegeln.